

Vorlage-Nr.: **1579-2022/DaDi**

Aktenzeichen:

Fachbereich: Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg  
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2022/2023 – Änderungsantrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

---

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreisausschuss wird durch den Kreistag Darmstadt Dieburg gebeten, ab dem Haushaltsjahr 2023 den Gesamthebesatz der Kreis- und Schulumlage um nur 0,75 % auf 55,75 % zu erhöhen.
2. Auf die Erhöhung der des Gesamthebesatzes der Kreis – und Schulumlage um 1,5 % im Jahr 2023 auf 56,5 % wird verzichtet.

## **Begründung:**

Die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage 2023 benachteiligt viele Kommunen im Landkreis Darmstadt Dieburg. Im Jahr 2021 hatten lediglich 3 von 23 Kreiskommunen einen ausgeglichenen Haushalt.

Deren Leistungsfähigkeit ist mit dieser Erhöhung der Kreis und Schulumlage im Jahr 2023 erschöpft. Besonders die „armen“ Kommunen – wie Fischbachtal, Modautal und Otzberg haben schon heute ihre „Gebührenerhöhungsschraube ausgereizt. Sie können ihren Bürgern nicht weitere Streichung bzw Erhöhungen von freiwilligen Leistungen (Seniorennachmittage – Vereinsförderung – zusätzliches Personal für Kitas – Klimaschutzmaßnahmen – Verzicht auf Gebäudeerhaltung – Straßensanierungen – Grundsteuer B Erhöhungen) zumuten.

Im Jahr 2023 wurden die Ergänzungsvorlage Einsparungen/Mehrerträge in Höhe von 8.049.953 € festgestellt. Darin enthalten ist die Erhöhungen der Kreisumlage in Höhe von 1,5% mit 7.392.550 € für die Kommunen und Einsparungen für den Landkreis von „nur“ 657.493 €

Hier von der „großen Familie“ der 23 Kreiskommunen zu sprechen, verdreht die Fakten zu Lasten der 23 Kommunen.

Hier davon zu sprechen, dass die Bürgermeister des Landkreises Darmstadt Dieburg ihre Hausaufgaben (= Gebührenerhöhungen zu Lasten der Bürger) machen sollten, ist aus Sicht der Bürger und der Bürgermeister der Kreiskommunen schon heute nicht mehr möglich.